

Neuer Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ



1. Stadt Hochheim

Ersteinst: Dienstags und Freitags (mit illustrierter Beilage). Druck und Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach-Hörsch, beim Telefon 69. Geschäftsstelle in Hochheim: Mainheimerstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: Kosten die 6-gespaltene Colonnezeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pf. Reklamen die 6-gespaltene Colonnezeile 30 Pf. Bezugspr. monatlich 90 Pf. u. 10 Pf. Bringerl. Postfachkonto 168 67 Frankfurt a. M.

Dienstag, den 4. August 1925.

Jahrgang 1925

Nummer 62.

Neues vom Tage.

Eine Pariser Meldung, wonach der Vorsitzende der Berliner Militärkontrollkommission, General Wolsch, zurücktreten wolle, wird nicht bestätigt. Man erklärt, dass General Wolsch nur auf dem vorgeschriebenen Wege, d. h. auf Grund eines eingereichten Gesuchs, seine Entlassung nehmen könne. Wolsch habe bisher einen vorläufigen Schritt nicht unternommen.

Der Erste Lord der Admiralität hat während einer Rede über das Schiffsbauprogramm erklärt, dass die englische Regierung bereit sei, in Besprechungen über die internationale Abmachung einzutreten, wenn dies mit den Interessen des englischen Imperiums in Einklang fände.

Der englische Innenminister hat die russische Zeitung "Pravda" bis auf weiteres verboten, angeblich wegen eines in diesem Blatt erschienenen gotteslästerlichen Artikels.

Wie verlautet, stimmt der Standpunkt Belgiens in der Entlassungsfrage weitgehend mit dem englischen überein. In England wird die Haltung Belgiens als willkommene Unterstützung begrüßt.

Aus Tanger wird gemeldet, dass Primo de Rivera zwei Vollmächte Abd el Krimis empfangen und ihnen die gemeinsamen französisch-spanischen Friedensbedingungen überreicht hat.

Die Wirtschaftslage am Rhein.

Die das Landesamt der Rheinprovinz mitteilt, dass die Wirtschaftslage am Rhein im Vergleich zu der allgemeinen Wirtschaftslage immer noch nicht besonders ungünstig. Mitte Juli wurden in der Rheinprovinz 43 000 unterstützte Arbeitslosen gezählt. Dieser Zahl muss man aber die wegen Festhaltens ausbleibenden angestrichelten Arbeitslosen hinzurechnen. Im Juli und Juni wurden 11 000 Arbeitslosen mit 19 000 Angehörigen wegen Erschöpfung ihres Unterstützungsanspruches von der Arbeitslosenliste gestrichen. Mit Anfang August werden weitere 10 000 Arbeitslose mit 16 000 Angehörigen gestrichen. So schreitet die Verschlechterung des Arbeitsmarktes langsam aber sicher fort.

Der rheinische Arbeitsmarkt wird, wenn die Entwicklung der bisherigen Lohnverhältnisse, sich dem englischen Arbeitsmarkt angleichen. Hier wie dort geht die Depression vom Bergbau aus. Die Arbeitsmarktlage im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau hat sich weiterhin wesentlich verschlechtert. Am 31. Juli kommen rund 3000 Bergarbeiter zur Entlassung. In der Zeit vom 20. bis 25. Juli wurden wegen Arbeitsmangels 95 000 Feierschichten eingelegt. Durch den Arbeitsmangel im Saargebiet ist der Arbeitsnachweismarkt hier, aus dem zahlreiche Arbeiter in den Saarbergbau gehen, sehr in Mitleidenschaft gezogen.

Nach dem Bergbau wird der Arbeitsmarkt der eisenverarbeitenden und eisenverarbeitenden Industrie von der Krise am meisten betroffen. Die Arbeitsmarktlage im eisenverarbeitenden Industriezweig ist im Vergleich zu der allgemeinen Wirtschaftslage ungünstig. Allein der eisenverarbeitende Industriezweig bildet eine Ausnahme. Wegen der verhältnismäßig geringen Zahl der in Deutschland unterstützten Arbeitslosen ist das Ausland geneigt, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland zu unterstützen und die Klagen über die Krise für übertrieben zu halten. In dem einseitig industrialisierten England mit einer verarmten Landwirtschaft wird übersehen, dass in Deutschland die Landwirtschaft für den Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle bildet. Bei den Schwankungen des Arbeitsmarktes der Schwerindustrie zwischen dem landwirtschaftlichen und dem industriellen Arbeitsmarkt ist es, als man gewöhnlich annimmt. Die Konjunktur im Hochbau erschläft weiter, während der Tiefbau einen schnelleren Rückgang des Beschäftigungsgrades bisher noch verhindert hat.

Belgien für Vertragsrevision.

Deutschland kann Änderungen fordern.

Großes Aufsehen haben in Paris verschiedene Berliner Meldungen erregt, nach denen die belgische Regierung in ihrem Memorandum zu der deutschen Antwortnote das Recht Deutschlands, Vertragsabänderungen herbeizuführen, anerkannt habe. Die belgische Regierung sieht sich angesichts der Aufregung, die ein Teil der französischen Öffentlichkeit aus diesem Anerkenntnis hat, zu einer Rechtfertigung veranlasst, in der sie behauptet, diese deutsche Meldung seien mit größtem Vorbehalt aufzunehmen.

Man könne indessen nicht umhin festzustellen, dass man in Deutschland nicht für alle Ereignisse verzeihen kann, eine Revision des Vertrages entsprechend Artikel 19 des Völkerbundesvertrages zu beantragen, denn es liegt auf der Hand, dass die deutsche Öffentlichkeit auf die Möglichkeit von Vertragsabänderungen bei einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hinweisen wird. Es ist beachtenswert, dass der vorstehende amtliche Bericht der belgischen Telegraphenagentur kein formelles Dementi darstellt.

Strefemann und die Opianten.

Die schwere Schuld Polens.

Reichsaussenminister Dr. Strefemann hat zu der gewaltigen Ausbreitung der deutschen Opianten aus Polen einem Pressevertreter eine Unterredung gewährt, in der er u. a. betonte: „Während deutscherseits seit Jahren der Standpunkt vertreten worden ist, dass die beiderseitigen Opianten zwar das Recht, nicht aber die Pflicht haben, ihren Wohnsitz in den Staat zu verlegen, für den sie optiert haben, ist polnische Seite geltend gemacht worden, dass die Opianten zur Abwanderung verpflichtet sind.“

Nach dem Wiener Abkommen vom 30. August 1924, das in Deutschland und Polen Gesetz geworden ist, ist der Opiant zur Abwanderung nur dann verpflichtet, wenn er von der Regierung die Aufforderung dazu erhalten hat. Die polnische Regierung hat nun bereits Anfang dieses Jahres von ihrem Recht Gebrauch gemacht. Daraufhin hat sich selbstverständlich auch die deutsche Regierung zu dem gleichen Schritt entschließen müssen. Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

Nach nun nur auf das Nachdrücklichste betonen, so schloß der Minister, dass die deutsche Regierung alles getan hat, um in der Opiantenfrage zu einer der Grundfragen eines friedlichen Zusammenlebens zwischen den Völkern entsprechende Lösung zu kommen. Wenn trotzdem die Welt das traurige Schauspiel mittelalterlicher Ausbreitung Tausender von Heim und Herd erleben muß, so liegt die Schuld daran wahrhaftig nicht bei uns.“

Das Flüchtlingslager in Schneidemühl.

Der preussische Minister des Innern, Severing, hat das für die aus Polen ausgewiesenen Opianten bestimmte Lager in Schneidemühl besucht und sich darüber nach seiner Rückkehr folgendermaßen ausgesprochen:

Wenn es nach mir allein gegangen wäre, hätte man das Lager in Schneidemühl nur als Durchgangsstation benutzen dürfen. Aber die Sache geht ja nicht nur Preußen, sondern auch das Reich an. Mein Plan war, die Ausgewiesenen so schnell als möglich über die verschiedenen Regierungsbezirke zu verteilen.

Wir waren ja vorbereitet. Wir haben eigens den deutschen Generalkonsul in Polen, der abgebaut werden sollte, dort belassen und er hat seit Februar an dieser Frage gearbeitet. Ich werde sehen, ob ein zweites Lager schnellstens etwas in Jossen nötig ist. Die Schwierigkeit der Verteilung über die verschiedenen Regierungsbezirke liegt hauptsächlich darin, daß zu viele Stellen Preußens und des Reichs sich verständigen müssen.

Sachlich war es durchaus richtig, daß das Reichsministerium in Schneidemühl eine Arbeitsvermittlungsstelle errichtete. Die Leute sollen sofort dorthin reisen, wo sie Arbeit finden. Aber da die Arbeitsmöglichkeiten nicht so günstig einleuchten, gab es Stauungen in Schneidemühl. Aber wir bleiben demüht, kein Dauerlager zu errichten. Natürlich müssen wir die Ausweisungen erwidern. Es handelt sich um 5-8000 Leute, die wir entfernen müssen. Wir werden Leute, die 25 und 30 Jahre in Deutschland waren und deutsch geworden sind, berücksichtigen. Aber im großen und ganzen muß ich diese Aktion konsequent durchführen. All das ist Wahnsinn; ich wollte ihn bis zum letzten Augenblick vermeiden.

Richtlinien der Sozialdemokratie.

Die Taktik in den Parlamenten.

Im ehemaligen Herrenhaus in Berlin fand ein Parteitag der Berliner Bezirksorganisation der S.P.D. statt. Die Debatte über den Geschäftsbericht befaßte sich im wesentlichen mit der Taktik der sozialdemokratischen Fraktionen in den Parlamenten. Gegenüber den Darlegungen eines Delegierten, der eine radikalere Haltung gegenüber den Steuer- und Zollfragen forderte, wurde die Taktik der Reichstagsfraktion von den Abgeordneten Eduard Bernstein, Crippien, Bohn-Schuch und von dem Landtagsabgeordneten Kuttner verteidigt.

Sie führten im wesentlichen aus, daß die Taktik der Partei nicht die der Kommunisten sein könne. Die Partei könne die Zoll- und Steuerfrage nur mit dem Mittel sachlicher Opposition im Rahmen der Geschäftsordnung des Parlaments bekämpfen und sie habe mit dieser Taktik einen viel größeren Erfolg erzielt, als sie zu erreichen in der Lage gewesen wäre, wenn sie Obstruktion getrieben hätte. Unter den zur Annahme gelangten Anträgen ist eine Entschließung des Reichstagsvorstandes zugunsten des chinesischen Proletariats bemerkenswert sowie ein Antrag, der stärkere Berücksichtigung der Landtagation verlangte.

Von Interesse war ferner die Annahme eines Antrags, der den Parteivorstand aufforderte, dahin zu wirken, daß die beamteten Genossen bei offiziellen Reden solche Worte wählen, die keinen Zweifel an der Zugehörigkeit der Betreffenden zur S.P.D. aufkommen lassen. In der Begründung dieser Forderung wiesen die Antragsteller auf die Rede des Oberpräsidenten Röske hin, die dieser beim Scheiden Hindenburgs aus Hannover gehalten hatte.

Schulden und Sicherheitsfrage.

Während der Pariser Berichterstattung der „Sunday Times“ nach scharfer Kritik der Angriffe Caillaux in der „Tribune“ auf das britische Schahamt den für die nächsten Tage angekündigten Besuch Caillaux und Briand in London für wenig wahrscheinlich hält, glaubt der diplomatische Korrespondent des „Observer“ auf Grund von Informationen aus französischen Quellen, daß beide Minister noch vor Mitte des Monats August nach London kommen werden, wobei er darauf hinweist, daß sich die Erörterung Kriegsschuldenfrage mit der Sicherheitsfrage bereits mehrfach gekreuzt hätte. Er schreibt weiter:

Eines der Probleme, die Briand mit Chamberlain erörtern muß, ist das des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Wenn Deutschland die Vorbedingungen seiner Aufnahme in den Völkerbund schon im nächsten Monat, darunter die der Durchführung der interalliierten Abrüstungsbedingungen, nicht rechtzeitig erfüllt, so könnte zweierlei geschehen, entweder Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund „im Prinzip“ mit der Bestimmung, daß sie erst wirksam wird, sobald die fraglichen Bedingungen erfüllt sind, oder der Entwurf des Sicherheitspaktes im Prinzip auch mit der Bestimmung, daß er erst in Wirkung tritt, wenn Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist.

Der Berichterstattung weist schließlich auf die nach seiner Ansicht darin bestehende Verwickelung der Lage hin, daß Deutschland sich nicht endgültig klar machte, ob es dem Völkerbund nur beitreten wird im Falle der Erfüllung seiner Bedingungen, die in Paris auf Widerstand stießen.

Politische Tageschau.

++ Zur Ablösung öffentlicher Anleihen wird halbamtlich aus Berlin folgendes gemeldet: Die zur Durchführung des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen erforderlichen Ausführungsbestimmungen werden zurecht ausgearbeitet. Sie werden nach Zustimmung des Reichstags voraussichtlich im Laufe des Monats August veröffentlicht werden. In den Ausführungsbestimmungen wird das Verfahren für den Umtausch der Markanleihen in die Anleiheablosungsschuld sowie für die Beantragung und Zuerkennung der den Anleiheablosungsbefugnissen zustehenden Auslösungsbefugnisse und der bedingten Anleiheablosungsbefugnissen zustehenden Vorkaufsbefugnisse geregelt werden. Bis zur Veröffentlichung dieser Ausführungsbestimmungen sind Anträge der Anleihegläubiger zwecklos.

++ Weitere Ermäßigung der Umsatzsteuer. Nach einer Meldung der Berliner „Montagspost“ haben die Reichstagskommissionen an die Zentrumsfraktion des Reichs ein Schreiben gerichtet, in dem sie die kommende Zollbelastung für die arbeitende Bevölkerung nur dann für erträglich halten, wenn die Lebensmittel künftig von der Umsatzsteuer befreit werden. Die Reichsregierung, der das Schreiben übermittelt worden ist, soll dem genannten Blatt zufolge die Absicht haben, eine allgemeine Ermäßigung der Umsatzsteuer von 1% auf 1% Prozent zum 1. Oktober und eine solche auf 1 Prozent zum 1. Januar 1926 vorzuschlagen. Die sofortige Erleichterung der Steuerentlastung hält das Blatt wegen der nötig gewordenen Beratungen über die Frage der Umsatzsteuer für unmöglich.

++ Für die Räumung Kölns. Der „Manchester Guardian“ weist in einem Leitartikel auf die Leiden hin, die die jetzt beendete 24-jährige Ruhrbesetzung der deutschen Bevölkerung dieser Gebiete verursacht und betont, daß im Schatten des Kölner Doms noch immer kritische Stimmen mit aufgepflegten Seitengewehr marschieren. Er tritt dafür ein, daß die bereits seit Monaten fällige Räumung der Kölner Zone im Interesse des internationalen Einverständnisses unverzüglich durchgeführt werde.

++ Vaherleichterungen mit der Tschechei. Das Tschechoslowakische Pressebüro übernimmt zur Frage der Aushebung des Sichtvermerkszwanges zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland eine Information der „Prager Abendzeitung“, die besagt, die Tschechoslowakei habe schon früher ihrer Bereitwilligkeit zur Aushebung des Sichtvermerkszwanges gegenüber Deutschland Ausdruck gegeben. Man könne erwarten, daß die Vaherleichterungen gegen Deutschland bald fallen werden, jedoch seien entgegen anderen Meldungen noch keine Besprechungen über diese Frage abgehalten worden.

++ Neue Tätigkeit der Riffablen. Nach einer Meldung aus Lango entfallen die Riffablen neue Tätigkeit. Die Neugruppierung ihrer Streitkräfte hat sich vollzogen. Sie üben jetzt auf beide Flanken der französischen Front einen Druck aus. In der Gegend von Queznan haben sie den Posten von Ain bu Rissa eingenommen, desgleichen den Berg Sarkar im Winkel zwischen den beiden Jonen südlich von Queznan. Hinter den französischen Linien wurde in einer für ganz sicher gehaltenen Gegend ein Militärtrupp, der sich von Sola el Arba in Richtung auf Fez begab, von Rifanten angegriffen. An der französischen Front wird die Anwesenheit von Riffablen hinter den französischen Linien gemeldet. Eine Riffgruppe erreichte tatsächlich die Bahn zwischen Fez und Taza und zerstörte die Schienen. Die französischen Truppen leiden unter großen Dürre.

Öffentliche Mahnung.
Die bis zum 15. Juli 1925 fällig gewesene Grundvermögenssteuer und Hauszinssteuer, Gewerbesteuer für das erste Vierteljahr des Rechnungsjahres 1925, sowie die Hundesteuer für das erste Halbjahr 1925, ist soweit sie noch im Rückstande und nicht gestundet ist, nebst dem Verzugszuschlage, binnen 8 Tagen an die unterzeichnete Kasse einzuzahlen. Nach Ablauf dieser Frist werden diese Rückstände im Wege der Zwangsbetreibung eingezogen.
Eine Zustellung von Mahnzetteln findet nicht statt.
Hochheim a. M., den 3. August 1925.
Die Stadtasse: Muth.

...sagen, und davon
sowie eine beratig
der Bitterbundesver